

An: Bürgermeister Lars König

- Antrag gemäß**
§ 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
zur Beratung im: HFA / Rat
- Anfrage zur Tagesordnung** (§ 10 Abs. 1 Geschäftsordnung)
im:
- Anfrage an den Bürgermeister** (§ 10 Geschäftsordnung)
zur Stellungnahme

nachrichtlich

- Bürgermeister
 Ausschussvorsitzende
 SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
 Fraktion WBG
 FDP-Fraktion
 Bürgerforum+
 Die Linke
 Stadtklima Witten
 Piraten
 AfD
 fraktionslose
Ratsmitglieder

**Betreff: Dringlichkeitsantrag:
Städtepartnerschaft mit der Stadt Kursk ruhen lassen**

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Witten beschließt, die seit 1991 bestehende Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kursk bis auf weiteres ruhen zu lassen.

Begründung:

Seit der unerträglichen Aggression Russlands gegen die Ukraine und nun auch massiv gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, wird Russland international auf allen Ebenen zunehmend isoliert.

Seit dem Einmarsch der russischen Invasionsarmee in die Ukraine am 24.02.2022 wird dieses Vorgehen auf politischer Ebene weltweit auf das allerschärfste verurteilt. Mit großer Mehrheit (141 Staaten von 193 Staaten) hat die UN-Vollversammlung in einer Dringlichkeitssitzung die internationale Isolation Russlands mit einer Resolution, die den Krieg gegen die Ukraine verurteilt und den unverzüglichen Abzug der russischen Armee aus der Ukraine fordert, deutlich sichtbar gemacht. Obwohl diese Resolution der Vollversammlung völkerrechtlich nicht bindend ist, stellt diese gleichwohl ein Lagebild der globalen Stimmung dar.

Die Stadt Kursk ist seit 1991 städtepartnerschaftlich mit Witten verbunden. Mehrere Organisationen unterhalten seitdem gute und enge Kontakte mit der dortigen Bevölkerung.

Gleichwohl ist anzunehmen, dass die Stadt Kursk und das Umfeld geostrategisch als Bereitstellungsraum und Aufmarschgebiet für die russische Invasionsarmee gedient hat und auch noch

als Nachschublager dient. Dieses ist jedoch mit den Grundwerten einer Städtepartnerschaft, die auch auf Vertrauen basiert nicht vereinbar.

Es sollen nicht alle Brücken abgebaut werden, gleichwohl sollte man aber diese Städtepartnerschaft ab sofort erst einmal ruhen lassen bis die Aggression gegen die Ukraine beendet wird. Ein Umdenken der politischen Führung in Moskau kann nur durch die dortige Bevölkerung erfolgen. Das Ruhenlassen dieser Städtepartnerschaft soll ein Zeichen Wittens sein, nicht mit der brutalen Vorgehensweise Russlands einverstanden zu sein. Viele deutsche Städte haben ebenfalls derartige Maßnahmen schon bereits eingeleitet.

Unsere Solidarität sollte derzeit, wie es auch u. a. die Mahnwache am 26.02.2022 auf dem Rathausvorplatz eindrucksvoll gezeigt hat, uneingeschränkt der ukrainischen Bevölkerung gehören.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Lage, unterliegt dieser Antrag der Dringlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Siegmut Brömmelsieck
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans-Peter Müller
Ratsmitglied